
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: REGIONALE FLEISCHVERARBEITUNG UND VERMARKTUNG BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG DER POLITIK

30.09.2020

- **Koalition zählt nur bekannte Maßnahmen auf**
- **Umfassendes Konzept fehlt**
- **Konventionelle Tierhaltung darf nicht verdrängt werden**

WIESBADEN – Anlässlich des Antrags der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen zur Stärkung regionaler Tierhaltung und Vermarktsstrukturen erklärt Wiebke KNELL, Sprecherin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Fraktion der Freien Demokraten, in der heutigen Plenardebatte im Hessischen Landtag: „CDU und Grüne haben wenig Grund zum Eigenlob. Der vorliegende Antrag ist eine Loseblattsammlung aus bereits existierenden Maßnahmen, die aber die Probleme vieler Betriebe nicht lösen. So sei die „Qualitätsmarke – Hessen“ bereits seit 2003 zugelassen und kein Verdienst der Landesregierung. Es fehle vielmehr ein umfassendes Konzept zur Förderung regionaler Strukturen der Tierhaltung und Fleischerzeugung. „Das eigentliche Problem ist, dass Grüne und CDU die konventionelle Tierhaltung weiter verdrängen wollen – und das in Zeiten, in denen die Tierhaltung in Hessen ohnehin schon auf dem Rückzug ist. So liegt der hessische Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch nur noch bei 20 bis 25 Prozent.“

Knell ergänzt: „Es mangelt in Hessen massiv an Strukturen, um regionale Tierhaltung, Tierwohl, kleinere Schlachthöfe und lokale Lebensmittelerzeugung wettbewerbsfähig zu gestalten. Da muss angesetzt werden - und nicht an neuen ökologisch-ideologisch motivierten Haltungsvorschriften.“ Der Bau von mittelgroßen Schlachthöfen in allen hessischen Regionen müsse massiv gefördert werden: „Verbraucher achten bei Lebensmitteln sehr stark auf den Preis, deswegen können sich kleinere Schlachtbetriebe

gegen die großen Schlachthöfe schwer durchsetzen.“ Doch sobald Pläne für örtliche Schlachthöfe bekannt würden, stünden Tierrechtsorganisationen, Bürgerinitiativen und Umweltschützer, aber oft auch die örtlichen Grünen, vor der Tür. „Wer einen Schlachthof errichten will, braucht aber die Unterstützung der Politik.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de